

Bürger in Bewegung

Lärm von der Straße, Gestank von der Deponie: Immer mehr Bürger nehmen den Kampf für eine lebenswerte Welt selbst in die Hand. Mit mehr oder weniger Erfolg und oft nicht zur Freude ihrer politischen Vertreter.

Von Michaela Spirk-Paulmichl

Innsbruck, Wien – 56 Prozent der Teilnehmer einer Volksbefragung sprachen sich im September gegen die Realisierung des Verkehrskonzeptes für Mayrhofen aus. Es wird trotzdem wie geplant umgesetzt. 1200 Stimmen sammelten Bürger in Telfs vor neun Jahren gegen einen 42 Meter hohen Handymast, er steht heute noch. Rund 200 Menschen demonstrieren beim Wahlkampffinale 2012 in Innsbruck gegen Rassismus. Der aktuelle Vorfall im Flüchtlingsheim Fieberbrunn ist nur ein Beispiel dafür, wie brisant diese Thematik ist.

Wenn Menschen beschließen, sich zu bewegen – auf die Straße zu gehen, Unterschriften zu sammeln, Petitionen ein-

zureichen oder Befragungen durchzuführen, dann deshalb, weil sie um ihre Lebensqualität fürchten, Bedrohungen für die Umwelt verhindern wollen, sich für mehr Sicherheit einsetzen oder ihre Solidarität bekunden. Vieles sei derzeit anhängig, sagt Landesvolksanwalt Josef Hauser. Zentrales Thema aber sei in Tirol der Lärm – ob er



„Was nicht zu ändern war, ist plötzlich möglich, wenn wir an Gemeinden herantreten.“

Josef Hauser
(Landesvolksanwalt) Foto: Fellner

nun vom Sportplatz samt störender Flutlichtanlage im Wohngebiet kommt, wie derzeit in der Reichenaue in Innsbruck viel diskutiert – oder vom Transitverkehr, den Fritz Gurgiser seit 27 Jahren bekämpft. Oder vom Flughafen Innsbruck, wenngleich die Proteste inzwischen aufgehört hätten. Hauser: „Die Anrainer nehmen den Flughafenlärm inzwischen wohl zur Kenntnis, ebenso die allgegenwärtigen Handymasten, gegen die es nur selten Beschwerden gibt.“

Selbst die aktivsten Bürger resignieren, wenn Initiativen über Jahre keinen Erfolg zeigen, sie selbst als Querulanten bezeichnet werden: „Was die Strahlung bei Sendeanlagen betrifft, gibt es widersprüchliche Gutachten, dieses Gebiet ist zu wenig erforscht. An-

dererseits wollen alle telefonieren, und dazu braucht es ein entsprechendes Netz.“ Die Gemeinden hätten wenig Handhabe, um die Errichtung von Sendeanlagen zu verhindern. „Es gibt aber die Möglichkeit, Alternativstandorte anzubieten. Doch das hängt meist vom Engagement des Bürgermeisters ab.“

Dass manchmal doch etwas geht, hat aber auch mit dem Einsatz der Volksanwaltschaft zu tun: „Was mitunter jahrelang nicht zu ändern war, ist plötzlich möglich, wenn wir an Gemeinden herantreten.“ Wie bei der stinkenden Abfalldeponie, gegen die Anrainer erfolglos ankämpften. „Wir haben ein E-Mail verfasst, dass dringend geeignete Maßnahmen zu treffen seien. Zwei Tage später war das Problem gelöst.“

Sind Beschwerden oder Initiativen erfolglos und alle gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, bleibt noch die nächste Wahl als Möglichkeit, politische Vertreter zur Verantwortung zu ziehen. „Aber es gibt auch

Fälle, bei denen sich Betroffene wohl zu sehr hineinsteigern – wie in Telfs, wo Anrainer des Handymastes ihre Wohnungen verkaufen – mit Verlust.“

Einer, der direkter Demo-



„Bürgerbeteiligung muss ihre Grenzen haben. Man kann es nie allen recht machen.“

Ernst Schöpf (Gemeindeverbandspräsident) Foto: Rottensteiner

krat mitunter skeptisch gegenübersteht, ist Ernst Schöpf, Bürgermeister von Sölden und Gemeindeverbandspräsident. „Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl, sondern Chaos“, zitiert er Manfred Rommel, den 2013 verstorbenen früheren Oberbürgermeister von Stuttgart. „Es gibt viele Aktionen und täglich werden es

mehr. Doch Bürgerbeteiligung muss ihre Grenzen haben“, so Schöpf. Schließlich könne man es nie allen recht machen, Gegenargumente gebe es immer. „Unsere Gesellschaft ist zwiespältig: Wir sind gegen Verkehr, wollen aber selbst mobil sein. Wir wollen erneuerbare Energie, aber bitte nicht mit dem eigenen Wasser.“

Oft gehe es nur um das „bitte nicht vor der eigenen Haustür“, doch so würden Probleme nur verlagert. Schöpf: „Sollen Bürger in Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Ja! Aber am Ende muss klar sein: Es gibt gewählte Mandatsträger, die sich nicht aus der Verantwortung stehlen können.“ Misstrauen gegenüber Volksvertretern sei nachvollziehbar, nur werde nie die Frage nach praktischen Lösungen gestellt. Und schließlich warnt Schöpf davor, Investoren zu sehr abzuschrecken. „Viele geben auf. Das kann auch nicht im Interesse aller sein! Es braucht einfach das richtige Augenmaß.“